

# Richtplan darf in Schublade verrotten

**Kernkraftwerk Niederramt** Auftrag für Verfahrensabbruch mit präsidentlichem Stichtscheid abgelehnt

VON UELI WILD

Im zweiten Anlauf hatte auch die Regierung eingelenkt und im Einklang mit der vorberatenden Kommission beantragt, den Auftrag der SP-Fraktion erheblich zu erklären. Dieser sah den Abbruch des Richtplanverfahrens für das neue Kernkraftwerk Niederramt (KKN) vor. Nach der Sistierung des Rahmenbewilligungsverfahrens durch den Bund, hatten die Auftraggeber argumentiert, müssten die inhaltlichen Voraussetzungen der Richtplananpassung neu aufgegleist werden. Konkret lautete der Auftrag: «Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Richtplanverfahren respektive die Anpassung «Neues Kernkraftwerk Niederramt KKN» des kantonalen Richtplans 2000 zu stoppen und allfällige bereits erfolgte Richtplanbeschlüsse aufzuheben.»

## Nur die CVP nicht geschlossen

Im Parlament gingen die Meinungen gestern auseinander: In der Abstimmung hielten sich die Befürworter und die Gegner des Auftrags exakt die Waage. 47:47 lautete das Ergebnis. Gewitzigt durch die Erfahrungen vor der Pause des gestrigen Sitzungstages (vgl. Artikel auf der gegenüber liegenden Seite) veranlasste Ratspräsident Claude Belart (FDP, Rickenbach) eine zweite Auszählung, doch auch diese ergab ein Patt. Damit kam Belart doch noch zu einem Stichtscheid. Übereinstimmend mit seiner Fraktion entschied Belart: «Der Auftrag wird nicht erheblich erklärt.» Die FDP- und die SVP-Fraktion hatten geschlossen gegen Erheblichklärung gestimmt, die SP, die Grünen und die grossmehrheitliche CVP/EVP/glp-Fraktion dafür. Den Ausschlag gaben so die wenigen Abweichler in den Reihen der CVP, angeführt von Roland Fürst (Gunzgen), Thomas A. Müller (Lorstorf) und Urs Allemann (Rüttenen).

## Umbawiko: «Richtiges Signal»

Zu Beginn der vorgängigen Debatte hatte Georg Nussbaumer (CVP, Hauenstein-Ifenthal) die Haltung der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission (Umbawiko) umrissen: «Aufgrund der Weichenstellung beim Bund ist der Abbruch des Richtplanverfahrens das richtige Signal des Kantons.» Der Umbawiko-Sprecher ging davon aus, dass das durch die Bundesbehörden sistierte Rahmenbewilligungsverfahren wohl nicht wieder aufgenommen werde. Mit 8:5 Stimmen hatte sich die Kommission für Erheblichklärung des Auftrags

ausgesprochen. Gleicher Meinung, so Nussbaumer, sei auch die grosse Mehrheit der CVP/EVP/glp-Fraktion.

## «Schickliches Ende statt Agonie»

«Mit Gösgen I hat man im Niederramt gelebt», führte SP-Sprecher Urs Huber (Obergösgen) aus. Die Aussicht auf Gösgen II habe aber Erinnerungen an die seinerzeitigen Auseinandersetzungen um den Bau von Gösgen I wachgerufen. Entsprechend zahlreich seien die Einwendungen von Gemeinden und Privatpersonen im Richtplanverfahren ausgefallen. «Die Mehrheit», konstatierte Huber gestützt darauf, «ist gegen Gösgen II. In diesem Sinne können wir uns für die Aufgleisung des Richtplans bedanken.» Allerdings sei unter den gegebenen Umständen nun der Zeitpunkt gekommen, diesem ein schickliches Ende zu bereiten, statt eine lange Phase der Agonie einzuleiten. Es mache ja keinen Sinn, dass der Richtplan in einer Schublade vor sich hin rotte. «Schubladen braucht man wieder für anderes ...» Der Abbruch des Richtplanverfahrens, fügte der SP-Sprecher bei, sei auch ein Signal gegen ein Tiefenlager im Niederramt.

Während sich Barbara Wyss (Solothurn) namens der Fraktion der Grünen über den Meinungsumschwung im Regierungsrat freute, erklärte

**«Unter diesen Umständen ist auch für den Regierungsrat nicht mehr erklärbar, wie das Richtplanverfahren als Pendeuz aufrecht erhalten werden sollte.»**

Walter Straumann, Baudirektor

Walter Gurtner (Däniken) als Sprecher der SVP-Fraktion, es bestehe kein Handlungsbedarf. Die politische Diskussion werde auf Bundesebene erfolgen. Die Meinung der Solothurner Bevölkerung sei gar nicht gefragt, sondern das Schweizer Volk werde in der Kernkraftfrage entscheiden. «So einfach ist das in unserer Demokratie.» Die SVP-Fraktion werde gegen Erheblichklärung stimmen. Gleiches kündigte FDP-Fraktionschef Yves Derendinger (Solothurn) für seine Fraktion an.

## Von der Entwicklung überholt

Baudirektor Walter Straumann versuchte noch einmal, die Abläufe



Das Verfahren ruht, einstweilen ohne begraben zu werden. Am linken Bildrand wäre das KKN – oder Gösgen II – geplant gewesen. BKO

und den Meinungsumschwung des Regierungsrates zu erklären. Das Rahmenbewilligungsverfahren sei Sache des Bundes, das Richtplanverfahren jenes Gefäss, das geeignet sei, um die öffentliche Meinung im Kanton zu evaluieren. Solange das Rahmenbewilligungsverfahren pendent gewesen sei, habe es der Regierungsrat nicht für sinnvoll erachtet, über einen Abbruch des Richtplanverfahrens

nachzudenken. Jetzt aber, so Straumann weiter, sei klar, dass – im Falle eines Ausstiegs aus dem Ausstieg – alle Verfahren von vorn beginnen müssten. «Unter diesen Umständen ist auch für den Regierungsrat nicht mehr erklärbar, wie das Richtplanverfahren als Pendeuz aufrecht erhalten werden sollte.» – 48 Kantonsratsmitgliedern schien dies dann aber offenbar erklärbar zu sein ...

## Nachrichten

### Einbezug der Bevölkerung bei AKW-Plänen

Nicht befriedigt zeigte sich die Fraktion der Grünen ob den Antworten der Regierung auf ihre Interpellation «Einbezug der Bevölkerung bei der Erarbeitung der Stellungnahme des Kantons zu den Rahmenbewilligungsgesuchen betreffend neue Atomkraftwerke». Die Antworten gingen an den Fragen vorbei, sagte Marguerite Misteli (Solothurn). Die Fragen hätten sich nicht auf das Richtplanverfahren bezogen, sondern auf den Fall, wo der Kanton vom Bund im Rahmenbewilligungsverfahren zur Vernehmlassung eingeladen werde. Baudirektor Walter Straumann machte deutlich, dass das Richtplanverfahren schon der Ort sei, wo die Bevölkerungsinteressen einfließen könnten. Immerhin liege aber auch das Gesuch während dreier Monate öffentlich auf. Jedermann könne da beim Bundesrat Einwendungen machen.

### Einwendungsbericht – Spielregeln eingehalten?

Nicht befriedigt zeigte sich Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen) von den regierungsrätlichen Antworten auf seine Interpellation «Einwendungsbericht Richtplananpassung – demokratische Spielregeln eingehalten?» Er habe klare Antworten, nicht ein Versteckspiel erwartet, meinte der Interpellant. Baudirektor Walter Straumann erklärte, es gehe hier ums Verständnis des Richtplans: Der Richtplan sei nicht der Ort, wo Aussagen zur Kernenergie an sich zu machen seien. «Die demokratische Willensbildung im Richtplanverfahren», so Straumann weiter, «ist hoch entwickelt.» Und im vorliegenden Fall sei es jederzeit gewährleistet gewesen.

### Notfallschutzkonzept beim AKW Gösgen

«Ich bin und bleibe hochgradig unbefriedigt», stand Urs Huber (SP, Obergösgen) mit Blick auf die Beantwortung der von der SP-Fraktion eingebrachten Interpellation «Notfallschutzkonzepte und Bevölkerungsschutz beim AKW Gösgen und Mühleberg» durch die Regierung. «Wir werden alles machen, was an Neuerungen herauskommt», sagte Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler. Die Zuständigkeit für die Sicherheit liege eben beim Bund. «Man kann schon auf den Bund warten – oder auf Godot», konterte Huber. Aber es wäre besser «zu machen, was man selber machen kann». Handlungsbedarf sei gegeben.

### Atomausstieg statt Steuersenkungen

Zufrieden mit der Beantwortung seiner Interpellation «Atomausstieg statt Steuersenkungen» zeigte sich Felix Lang (Grüne, Lostorf). Er hätte sich zwar mehr Fleisch am Knochen erhofft, aber er habe Verständnis dafür, dass nicht alle Fragen hätten abschliessend beantwortet werden können.

### Bewilligungen für Fotovoltaik- und Solaranlagen

Nicht befriedigt zeigte sich Irene Froelicher (glp, Lommisiwil) von der Praxis sowie von der Beantwortung ihrer Interpellation «Bewilligungen für Fotovoltaik- und Solaranlagen». Es sei unbefriedigend, dass das ästhetische Empfinden einer einzelnen Person den Ausschlag gebe. «Wenn die Regierung das nicht selber regelt, gibt es immer noch die Möglichkeit des Auftrags.»

## Alles von vorn

Am 22. Juni hatte Fabian Müller (SP, Balsthal) einen Auftrag eingereicht mit dem Titel «Verfassungsänderung: kein AKW mehr im Kanton Solothurn». Entsprechende Regelungen auf Verfassungsstufe kennen die Kantone Genf und Basel-Landschaft. Nachdem die Regierung in ihrer Botschaft den Auftrag zur Ablehnung empfohlen hatte, legte der Auftraggeber am 3. November eine neue Fassung vor, die den Regierungsrat nun beauftragen will, Botschaft und Entwurf für eine Gesetzesänderung vorzulegen. Diese soll festlegen, dass sich die kantonalen Behörden «mit den ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln» gegen die Errichtung von Kernkraftwerken auf dem Kantonsgebiet wenden. Botschaft und Entwurf sollen innert sechs Monaten nach Überweisung des Auftrags vorgelegt werden.

Unter diesen Umständen wurde das Geschäft nun von der Traktandenliste gestrichen. Die Regierung wird erst eine neue Stellungnahme ausarbeiten.

## Gegen Einflussnahme bei Alpiq

**Auftrag Fraktion Grüne** Der Kantonsrat hat es abgelehnt, der Regierung den Auftrag zu erteilen, der Alpiq einen Rückzug des Gesuchs für Gösgen II nahezulegen.

Wörtlich verlangte der Auftrag der Fraktion der Grünen: «Der Regierungsrat wird beauftragt, sich bei der Alpiq unverzüglich dafür einzusetzen, dass der Energiekonzern das Gesuch für den Neubau Gösgen II zurückzieht.» Regierung und Umbawiko beantragten Nichterheblichklärung. Als Sprecher der Kommission, die sich mit 6:3 Stimmen gegen den Auftrag ausgesprochen hatte, sagte Markus Grüter (FDP, Biberist), die Politik dürfe der Wirtschaft nicht dreinreden. Eine Aussage, welche die Sprecher aller bürgerlicher Fraktionen sinngemäss wiederholten. Mit einem Anteil von 5,6 Prozent an den Alpiq-Aktien habe der Kanton ohnehin

nur beschränkte Möglichkeiten zur Einflussnahme. Auch seien auch die Konsequenzen zu bedenken, die solche Vorstösse nach sich ziehen könnten.

SVP-Sprecher Walter Gurtner (Däniken) doppelte nach: «Was ist das für ein Zeichen an die Adresse der Alpiq?» Das Unternehmen habe jetzt schon «wegen der unnötigen Sistierung des Rahmenbewilligungsverfahrens» über 400 Entlassungen ankündigen müssen. Den Auftrag der Grünen bezeichnete Gurtner als «unbegründet».

Wie Gurtner plädierten auch Fabio Jeger (CVP, Meltingen) und Yves Derendinger (FDP, Solothurn) namens ihrer Fraktionen dafür, Regierung und Umbawiko zu folgen und den Auftrag nicht zu überweisen. Demgegenüber vertrat Marguerite Misteli (Grüne, Solothurn) den Standpunkt, der Kanton müsse die Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wahrnehmen und «die Energiewende bei allen Akteuren durchsetzen».

SP-Sprecher Markus Schneider (Solothurn) zeigte sich erstaunt über die Voten von rechts. Schliesslich sei die Beteiligung des Kantons an der damaligen Atel zu einem grossen Teil unter politischen Gesichtspunkten erfolgt. Die Beteiligungsstrategie, so Schneider weiter, lasse es sehr wohl zu, dass der Regierungsrat Finanzdirektor Wanner, der im Alpiq-Verwaltungsrat sitzt, Weisungen erteile – dann jedenfalls, wenn fundamentale Interessen des Kantons betroffen seien. Wie sich letzte Woche gezeigt habe, sei dies schon möglich, wenn es um die Flugbewegungen auf dem Flughafen Grenchen gehe. Umso mehr seien die Voraussetzungen dafür beim Projekt Gösgen II gegeben.

Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler versuchte zu beruhigen: «Wenn der Bundesrat den Ausstieg will, wird die Alpiq kein neues AKW mehr bauen.»

Mit 64:28 Stimmen lehnte der Rat den Auftrag ab. Dafür stimmten SP, Grüne und Grünliberale.